



MEDIUM: NEUE ZÜRCHER ZEITUNG / 27. JANUAR 2022

AUTOR: GEORG HÄSLER, BERN

THEMA: DIE USA HATTEN BEIM KAMPFJET-DEAL DIE BESSEREN KARTEN ALS FRANKREICH – TROTZ AVANCEN VON BERN GEGENÜBER PARIS

Bei der Evaluation des neuen Kampfflugzeugs lag neben dem F-35 ein zweiter amerikanischer Jet vorn. Dennoch sprachen einzelne Bundesräte mit Paris weiter über eine Paketlösung. Das Silodenken ist einer kohärenten Sicherheits- und Aussenpolitik nicht förderlich.

Da war die Stimmung noch gut: Der damalige Bundespräsident Guy Parmelin und Bundesrat Ueli Maurer begrüssen den französischen Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire am 31. März 2021 in Bern.

Der oberste Verkäufer des französischen Kampfflugzeugs Rafale sitzt im Élysée, dem Präsidentenpalast in Paris. Rüstungsgeschäfte sind in Frankreich Chefache. Umso höher gehen die Emotionen, wenn der Apparat aus Ministern, Diplomaten und Wirtschaftsvertretern keinen Abschluss nach Hause zu bringen vermag. Der Entscheid des Bundesrats vom 30. Juni 2021, als neuen Kampfjet den F-35 zu beschaffen, hat Präsident Emmanuel Macron deshalb direkt getroffen. Zumal es in den Wochen zuvor eher den Anschein machte, als würde ein europäischer, ja der französische Typ das Rennen machen.

Seit dem Kampfjet-Entscheid vom Sommer ebbten die Berichte über verstimmte Reaktionen aus Paris nicht ab. Eine Artikelserie des Online-Magazins «Republik» vermittelte unlängst das Bild, der Bundesrat sei gegenüber Frankreich mehrstimmig aufgetreten. Doch was geschah wirklich, bevor sich die Landesregierung für ein neues Kampfflugzeug entschied?

Platz zwei für die Super Hornet

Neben dem F-35 und der Rafale testete die Beschaffungsbehörde Armasuisse des Verteidigungsdepartements (VBS) auch das europäische Gemeinschaftsprodukt Eurofighter und den US-Jet Super Hornet,

um bis ins Jahr 2030 die F/A-18 aus den 1990er Jahren zu ersetzen. Doch statt dem französischen Jet gewann der F-35 die Evaluation.

Die Spielregeln für die Typenwahl hatte sich der Bundesrat bereits in der Botschaft zum Rahmenkredit gegeben: «Erst bei gleichwertigen Angeboten können aussenpolitische Aspekte eine Rolle spielen.» Die amerikanische Neuentwicklung verfügt gemäss Armasuisse nicht nur über die überzeugendsten Fähigkeiten, sondern sei auch wesentlich günstiger als die Konkurrenz. Damit blieb wenig Raum für einen anderen Entscheid als jenen für den F-35.

Gemäss Recherchen der NZZ schnitt im Auswahlverfahren zudem nicht der französische, sondern ein weiterer amerikanischer Jet am zweitbesten ab. Es handelte sich um die Super Hornet, eine Weiterentwicklung des F/A-18 des US-Herstellers Boeing. Die Rafale erzielte in der Evaluation nicht annähernd das gleiche Kosten-Nutzen-Verhältnis wie die amerikanische Konkurrenz.

Falsche Signale für die Rafale?

Entscheidend ist die Frage, wer das Thema Kampfjet bei den Treffen zwischen der Schweiz und Frankreich jeweils aufs Tapet gebracht hat. Auf französischer Seite herrschte eine Art Unité de doctrine, bei jeder Gelegenheit für die Rafale zu werben. In der Berner Residenz von Frédéric Journès, Macrons Botschafter in der Schweiz, steht im Eingangsbereich sogar ein Modell des Flugzeugs.

Die Schweizer Seite habe allerdings standhaft darauf verwiesen, entscheidend sei am Ende die Evaluation von Armasuisse. Dies wird von verschiedener Seite mit Nachdruck beteuert. Die Idee, mit Frankreich parallel zum Rüstungsgeschäft noch ein paar andere



Dossiers anzuschauen, entstand gemäss informierten Quellen mit Paris gemeinsam. Auch die Schweiz habe Anstoss dazu gegeben. Mehrere Departemente waren daran interessiert, gewisse Fragen zu klären, wenn die beiden Staaten beim Kampfjet ins Geschäft kommen.

Was Frankreich vorschwebte, erklärte der Botschafter Journès Ende 2021 in der NZZ mit viel Pathos. Ein derartiges Grossprojekt hätte es erlaubt, die Beziehungen zwischen Bern und Paris auf eine neue Stufe zu heben, sagte er im Interview. «Eine solche Chance bietet sich nur alle paar Jahrzehnte.»

Nur: Die Voraussetzung war stets, dass das französische Angebot in der Evaluation am besten und am günstigsten abschneidet. Zumindest zeitweise sollen einzelne Bundesräte ohne Rücksprache mit dem VBS Paris Signale gegeben haben, der Entscheid könnte in Richtung der Rafale gehen. So erklären sich mehrere Involvierte, dass Frankreich nach dem Entscheid für den F-35 derart beleidigt reagierte.

Strategische Partnerschaft

Spätestens seit dem 17. Mai 2021 war allerdings der Sicherheitsausschuss des Bundesrats (SIA) darüber im Bild, dass der F-35 in der Evaluation am besten abschnitt. Zu diesem Zeitpunkt orientierte die Verteidigungsministerin Viola Amherd die beiden anderen Mitglieder des SIA, die Justizministerin Karin Keller-Sutter und Bundesrat Ignazio Cassis, den Vorsteher des Aussendepartements (EDA), über den Stand des Geschäfts. Die Verhandlungen mit Frankreich über politische Gegengeschäfte gingen jedoch weiter. Bis heute bleibt der Eindruck zurück, dass die eine Hand nicht genau wusste, was die andere tat. Diplomatische Avancen gegenüber Paris gab es offenbar aus gleich drei Departementen: dem EDA, dem Wirtschaftsdepartement (WBF) und dem Finanzdepartement (EFD).

Doch wer wusste wann was? Und worum ging es konkret? Der damalige Bundespräsident und WBF-Vorsteher Guy Parmelin und der EDF-Chef, Bundesrat Ueli Maurer, sitzen beide nicht im SIA. Offiziell kannten sie also bis Anfang Juni die Resultate der Evaluation nicht.

Frankreich und Präsident Macron boten der Schweiz parallel zum Rüstungsgeschäft ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft an, wie die NZZ und weitere Medien bereits im Juli 2021 berichteten. Der Deal mit Bern war offenbar bereit zur Unterschrift. Demnach hätte Paris der Schweiz Zugeständnisse bei der Besteuerung der zahlreichen Grenzgänger gemacht, die ausser für den Bund namentlich für die Westschweizer Kantone attraktiv gewesen wären. Es wäre um über 100 Millionen Franken pro Jahr gegangen.

Weiter hätte sich Frankreich dazu verpflichtet, sich auf EU-Ebene in der Europapolitik für Schweizer Interessen einzusetzen. Nach dem Verhandlungsabbruch beim Rahmenvertrag im Mai hätte Bern in Brüssel Unterstützung gebrauchen können. Zudem übernahm Paris Anfang Jahr die Präsidentschaft des EU-Rats. Ob diese Bereitschaft über Lippenbekenntnisse hinausgegangen wäre, ist eine andere Frage. Frankreich gehörte in den letzten Jahren zu jenen Staaten, die sich in der EU für einen harten Kurs gegenüber Bern aussprachen. Am WEF in Davos 2018 etwa ermahnte Macron die Schweiz, ein Rosinenpicken werde nicht akzeptiert.

Namentlich die Besteuerung der französischen Grenzgänger kam auf höchster Ebene zur Sprache, bevor das Angebot eines strategischen Abkommens vorlag. Der damalige Bundespräsident Guy Parmelin und Finanzminister Ueli Maurer tauschten sich mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire über die Frage aus, als sie ihn am 31. März 2021 in Bern empfingen. Das hielt Maurers Departement nach dem Treffen in einem Communiqué fest.

Logik der politischen Vorentscheide

Die Aussicht auf eine Einigung in der Steuerfrage und die generell freundliche Stimmung im Verhältnis zu Frankreich sorgten im Bundesrat für Hektik, als dieser den Typenentscheid treffen sollte. Plötzlich schien es in der Landesregierung keine Mehrheit für ein US-Kampfflugzeug mehr zu geben. Das Geschäft ging in eine Zusatzschleife.



PRESSESPIEGEL

www.swiss-f35.ch



In letzter Minute gab Bundesrätin Amherd beim Bundesamt für Justiz (BJ) ein Gutachten in Auftrag. Es sollte aus rechtlicher Optik beurteilen, wie viel Spielraum der Bundesrat beim Typenentscheid überhaupt noch hat. Dies sorgte in einigen Departementen für Irritationen. Die Schweiz sei das einzige Land, in dem ein Bundesamt einen derart politischen Entscheid treffe, hiess es.

Doch der Bundesrat folgte schliesslich der Logik seiner politischen Vorentscheide und beschloss, zu einem Bruttokaufpreis von 6 Milliarden Franken 36 Kampffjets des Typs F-35A zu beschaffen. Damit ging die Landesregierung auch ein innenpolitisches Risiko ein. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, die

Grünen und die Bundesratspartei SP wollen partout keinen US-Jet. Mit einer Initiative wollen sie nun eine zweite Volksabstimmung erzwingen.

Dies ist offenkundig einer der Gründe, weshalb die Verstimmung mit Frankreich nun immer wieder breitgeschlagen wird. Als hätte ein Entscheid für die Rafale das schwierige Verhältnis der Schweiz zur EU auf wundersame Weise plötzlich geklärt. Unter geht dabei, dass die USA auch dank dem F-35 eine strategische Partnerschaft mit der Schweiz eingegangen sind. Der Typenentscheid wäre also auch politisch begründbar. Doch das weitverbreitete Silodenken in Bern macht es zuweilen schwer, eine kohärente Aussen- und Sicherheitspolitik des Bundesrats zu erkennen.